



HESSISCHER LANDTAG

26. 06. 2024

Kleine Anfrage

**Dr. Frank Grobe (AfD), Lothar Mulch (AfD), Jochen K. Roos (AfD),
Heiko Scholz (AfD), Pascal Schleich (AfD) und Andreas Lobenstein (AfD)**

Antisemitischer Zwischenfall in einem Wiesbadener Kino

und

Antwort

Minister für Kultus, Bildung und Chancen

Vorbemerkung Fragesteller:

Einem Pressebericht zufolge kam es am 30.01.2024 im Wiesbadener Kino „Caligari Film Bühne“ zu einem antisemitischen Zwischenfall. Wie nun auch vom Hessischen Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen (HMKB) bestätigt, haben einige Schüler einer namentlich zunächst nicht genannten Berufsschule während des Besuchs des Spielfilms „Die Wannseekonferenz“ zu dem eingblendeten Schriftzug „Sechs Millionen Juden wurden unter der Herrschaft der Nationalsozialisten ermordet“, applaudiert. Als Reaktion auf den Vorfall, der in Anwesenheit dreier Lehrkräfte vonstattenging, verkündete der Schulleiter der Berufsschule, eine „intensive Aufarbeitung“ des Vorgangs in die Wege geleitet zu haben. Kurze Zeit nach Beginn der Berichtserstattung kam es an der Friedrich-Ebert-Schule dann zu einer körperlichen Auseinandersetzung zwischen zwei Schülern, die nach einem weiteren Pressebericht im Zusammenhang mit dem zuvor geschilderten Ereignis steht.

Vorbemerkung Minister für Kultus, Bildung und Chancen:

Antisemitisches und rechtsextremistisches Gedankengut hat weder im Umfeld unserer Schulen noch in der Gesellschaft insgesamt einen Platz. Das HMKB stellt sich jeder Form des Antisemitismus und Extremismus mit einer Vielzahl von Maßnahmen und Projekten entgegen, damit neben dem Unterricht Vorurteile und extremistische Haltungen abgebaut und demokratische Werte und Haltungen bei Schülerinnen und Schülern gestärkt werden. Weil gleichwohl extremistische Einstellungen und Verhaltensweisen existieren, ist klar, dass unsere Werteordnung, basierend auf den Grundrechten, immer wieder neu vermittelt werden muss. Der Schule kommt hier ein wesentlicher Auftrag zu, der auch den Erziehungsauftrag beinhaltet, die Grundrechte zu vermitteln, sie in der Schule erfahrbar zu machen und dafür zu sorgen, dass sich unsere Schülerinnen und Schüler als mündige Bürgerinnen und Bürger für eine menschenwürdige, humane Gesellschaft einsetzen. Vor diesem Hintergrund hat die Landesregierung in enger Abstimmung mit dem zuständigen Staatlichen Schulamt die konsequente Aufarbeitung und eine angemessene Intervention mittels geeigneter Maßnahmen initiiert.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit dem Minister des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz sowie dem Minister der Justiz und für den Rechtsstaat wie folgt:

Frage 1 Welche Staatsangehörigkeit(en) besitzen die am Zwischenfall beteiligten Personen?

Frage 2 Wie lauteten die Vornamen der am Zwischenfall beteiligten Personen?

Die Fragen werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Aus datenschutzrechtlichen Gründen können keine Angaben gemacht werden.

Frage 3 Das HMKB spricht in seiner Stellungnahme davon, dass sich von insgesamt 60 Schülern nur „einige wenige“ an der antisemitischen Aktion beteiligt haben. Wie viele Schüler genau waren nach Kenntnis des Ministeriums an dem in der Vorbemerkung erwähnten Zwischenfall beteiligt?

Wegen der noch laufenden Ermittlungen und aus Gründen des Schutzes der Persönlichkeitsrechte der Schülerinnen und Schüler können hierzu keine Angaben gemacht werden.

Frage 4 Erfüllt das Applaudieren zu dem Schriftzug „Sechs Millionen Juden wurden unter der Herrschaft der Nationalsozialisten ermordet“ den Straftatbestand der Volksverhetzung?

Frage 5 Wenn ja: Wie viele Anzeigen wurden in diesem Zusammenhang aufgenommen?

Die Fragen werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Bewertung von strafrechtlichen Sachverhalten obliegt den Staatsanwaltschaften und Gerichten.

Frage 6 Sofern im Zusammenhang mit dem in der Vorbemerkung erwähnten Zwischenfall Strafanzeigen aufgenommen wurden: Werden diese statistisch der „PMK –rechts“ zugeordnet?

Der Sachverhalt wird derzeit dem Phänomenbereich der Politisch motivierten Kriminalität – sonstige Zuordnung – zugerechnet.

Frage 7 Welche Kenntnisse liegen der Landesregierung bezüglich der Motivation der zu dem Schriftzug applaudierenden Schüler vor?

Wegen der noch laufenden Ermittlungen können hierzu keine Angaben gemacht werden.

Frage 8 Das HMKB hat in Reaktion auf das Ereignis angekündigt, dass schulische Präventionskonzept zu überarbeiten. Welche Maßnahmen beinhaltet das aktuelle Konzept zur Bekämpfung von Antisemitismus und an welchen Stellen gedenkt das Ministerium nachzubessern?

Die Überarbeitung des schulischen Präventionskonzepts obliegt der Schule. Die Schulleitung hat hierzu u. a. eine Antidiskriminierungs-AG eingesetzt.

Die Antidiskriminierungs-AG stellt sich klar gegen jede Form von Gewalt und Diskriminierung und berücksichtigt vor diesem Hintergrund folgende drei Leitgedanken:

- Gewalt in Wort und Tat muss als solche erkannt werden,
- Gewalt in Wort und Tat muss als solche proaktiv offen und klar benannt werden und
- Gewalt in Wort und Tat muss in der Folge pädagogisch und verwaltungstechnisch aufgearbeitet werden.

Basierend auf den Zielen der Antidiskriminierungs-AG sind folgende Projekte auf dem Weg zu einer demokratischen und diskriminierungsfreien Schule geplant:

- Ein pädagogischer Tag u. a. mit Beteiligung des polizeilichen Staatsschutz des Landeskriminalamts, der Anlaufstelle für Antisemitismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit „Spiegelbild Wiesbaden“, und des „Netzwerk Demokratie und Courage (NDC)“,
- der Aufbau eines Mediatorinnen- und Mediatorenprogramms an der Schule, wozu bereits eine Fortbildung von Ende April 2024 bis Juni 2024 stattfindet, sowie
- eine Zertifizierung der Schule als „Schule ohne Rassismus/Schule mit Courage“.

Zudem sind als mittelfristige Ziele die Etablierung und Verstetigung regelmäßiger Angebote und Veranstaltungen im Rahmen der Demokratiebildung für die Schulgemeinschaft vorgesehen, die als wichtige Präventionsmaßnahmen gegen antisemitische und rechtsextreme Haltungen fungieren. Die Schule kooperiert hierzu mit dem Projekt „Gewaltprävention und Demokratielernen“ des HMKB.

Wiesbaden, 13. Juni 2024

Armin Schwarz